

Was Glauben kosten darf

Mehrheit der Bevölkerung für Selbstfinanzierung der Religionsgemeinschaften

SCHAAN – Zwei von drei Liechtensteiner sprechen sich für eine strikte Trennung von Staat und Kirche aus. 61 Prozent wollen, dass sich Religionsgemeinschaften in Zukunft selbst finanzieren.

• Michael Benvenuti

Die von der Regierung angestrebte Entflechtung von Staat und Kirche stösst in der Bevölkerung auf breite Akzeptanz. So fordern in der aktuellen Umfrage des Liechtenstein-Instituts 67 Prozent der Befragten, dass «Kirche und Staat möglichst weitgehend getrennt werden sollten». Eine satte Mehrheit (61 Prozent) spricht sich zudem dafür aus, dass sich die verschiedenen Religionsgemeinschaften künftig vor allem durch ihre Mitglieder selbst finanzieren sollten. Nur 37 Prozent sehen die Finanzierung der einzelnen Institutionen als Aufgabe des Staates an.

«Den finanziellen Ruin oder den Niedergang der katholischen Kirche will die Mehrheit nicht riskieren.»



Wilfried Marxer,
Politologe Liechtenstein-Institut

Falls der Staat Religionsgemeinschaften finanziert, sollte dies für alle oder mindestens alle grösseren Konfessionen gelten, verlangen sieben von zehn Liechtensteiner. Nur je 14 Prozent wollen staatliche Gelder auf die katholische oder die christlichen Kirchen beschränken. «Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet, dass die Kirche nicht mehr so auf Rosen gebettet wird, wie bisher», fasst Wilfried Marxer



Im religiösen Liechtenstein würden sich Menschen ohne die Institution Kirche verloren fühlen.

vom Liechtenstein-Institut die Umfrage-Ergebnisse zusammen.

Ohne die Kirche verloren

Was aber auffällt: Trotz ihrer Forderung, die Finanzierung der Konfessionen zu privatisieren, geben 58 Prozent an, dass die Unterstützung speziell für die katholische Kirche in Zukunft etwa gleich hoch ausfallen sollte wie bisher. Weshalb dieser Widerspruch? «Grundsätzlich gibt es in der Bevölkerung den Wunsch nach einer Trennung von Staat und Kirche», erklärt Marxer, «vielen ist aber bewusst, dass die Kirche bei einer konsequenten Trennung finanziell leiden würde. Und den finanziellen Ruin oder Niedergang will die Mehrheit nicht riskieren.» Denn bei aller Distanz zur Kirche sei Liech-

tenstein doch ein religiöses Land: «Die Institution Kirche ist nach wie vor Teil des religiösen Fundaments», sagt Marxer. Viele Menschen im Fürstentum würden sich ohne die Kirche verloren fühlen.

Steuerzahler entscheidet

Unterdessen sind die Vorbereitungsarbeiten zur Staatskirchenreform weit fortgeschritten. Ein Vernehmlassungsentwurf soll in zwei bis drei Wochen vorliegen. Als Teil der Entflechtung von Staat und Kirche schlägt die Regierung vor, dass die Steuerzahler neu wählen können, ob sie einen bestimmten Anteil der Vermögens- und Erwerbssteuer (voraussichtlich 3 bis 6 Prozent) einer der anerkannten Religionsgemeinschaften oder einer sozial-hu-

manen Institution zukommen lassen. Andernfalls geht das Geld an die öffentliche Hand.

Eine Hochrechnung zeigt: Wenn sich alle Katholiken in Liechtenstein in der Steuererklärung für die finanzielle Unterstützung ihrer Kirche entscheiden, dürften gemessen an der Vermögens- und Erwerbssteuer von rund 50 Millionen Franken jährlich 1,5 bis maximal 3,0 Mio. Franken für die katholische Kirche zusammenkommen. Aber: Die Kirche braucht heute schon über 5 Millionen Franken alleine an Löhnen und Unterhaltskosten. Inklusive Investitionskosten für Kirchen, Kapellen sowie Pfarrhäuser oder Friedhöfe ergibt sich ein Finanzierungsbedarf von rund 10 Millionen Franken pro Jahr.